

Nur das Einzelschicksal überzeugt

Ein Gespräch mit Roland Bude über den XIV. Kongreß der Internationalen Assoziation ehemaliger politischer Häftlinge und Opfer des Kommunismus (Inter-Asso) am 21./22. Oktober in Budapest

Roland Bude: Geboren 1926 in Freiwaldau/Sudeten-Schlesien; 1950 als Studentenratsmitglied an der Universität Rostock verhaftet, wegen „Spionage, antisowjetischer Hetze und illegaler Gruppenbildung“ SMT-Urteil zu zweimal 25 Jahren, Workuta; 1955 nach Adenauers Verhandlungen Begnadigung und Entlassung; Slawistik-Studium in München, Mitarbeiter im Presse- und Informationsamt, 1959 Leiter des Hauses „Einheit in Freiheit“; 1962 Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, dort ab 1966 Leiter verschiedener Fachbereiche; Rentner seit 1991; 1992-1994 Vorsitzender der UOKG, 1993-1997 Vorstandsvorsitzender der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge, seit 1998 Mitglied des Präsidiums der Inter-Asso; 1987 Bundesverdienstkreuz 1. Klasse

STACHELDRAHT: Der Kongreß der Inter-Asso fand in diesem Jahr in Budapest statt. Erfolgte die Einladung im Zusammenhang mit dem 50. Jahrestag des ungarischen Volksaufstandes?

Bude: Ja, die ungarische Verfolgtenorganisation POFOSZ hatte uns eingeladen, damit wir an den Gedenkfeierlichkeiten teilnehmen konnten.

STACHELDRAHT: Hatten Sie trotz der vielen Veranstaltungen Zeit für die Verbandsangelegenheiten?

Bude: Der 21. Oktober war vollständig den Regularien vorbehalten. Zunächst kam Dr. Peter Boross, Ehrenmitglied des ungarischen Verbandes und ehemaliger ungarischer Ministerpräsident, der selbst ein Opfer der Niederschlagung des Aufstandes ist, begrüßte den Kongreß und würdigte die gemeinsamen Bemühungen. Dann erstattete Jure Knezović, Präsident der Inter-Asso, den Rechenschaftsbericht des Präsidiums.

STACHELDRAHT: Überwog das Positive oder das Negative?

Bude: Es kam beides vor. Jure Knezović spricht die Dinge ja deutlich an. Vertreter der Inter-Asso nahmen seit dem vorigen Kongreß an wichtigen internationalen

Konferenzen zur Aufarbeitung des Kommunismus teil. Unter anderem an einer Tagung der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde über „Diktaturerfahrungen und ihre Erinnerungen im 20. Jahrhundert in Osteuropa“. Dort hat es Wissenschaftler gegeben, die beklagten, daß die Opfer des Kommunismus zu wenig das Wort nehmen. Westliche Historiker bewiesen in ihren Redebeiträgen, daß ihr Verständnis des Kommunismus noch unterentwickelt ist und weit hinter der Kenntnis des Nationalsozialismus zurückliegt. Die Inter-Asso war auch eingeladen zum „Tag der Opfer des Totalitarismus“ in der slowakischen Republik. Das ist interessanterweise dort ein Staatsfeiertag. Der Staatpräsident und der Parlamentspräsident würdigten in ihren Ansprachen die Opfer.

STACHELDRAHT: Die Inter-Asso hatte sich um Kontakte auf europäischer Ebene bemüht. Was ist daraus geworden?

Bude: Das wurde auch im Bericht angesprochen. Die Inter-Asso hat sich von Anfang an für eine Verurteilung des Kommunismus als verbrecherische Ideologie und für die Bestrafung der Täter eingesetzt. Die in diesem Sinne verabschiedeten Resolutionen wurden über die Botschaften an die Regierungen der Mitgliedsverbände sowie an das Hohe Kommissariat für Menschenrechte in Genf gesandt; es entstanden Kontakte zum Europa-Abgeordneten Van den Linden, der die Arbeitsgruppe zur Verurteilung des Kommunismus leitete. Im Januar dieses Jahres kam es dann zu einer Entschließung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates – Sie haben ja im

STACHELDRAHT: Wie hat sich die Kommunikation zwischen den Mitgliedsverbänden entwickelt?

Bude: Das war ein Kritikpunkt des Präsidenten. Am Informationsaustausch hapert es leider immer noch. Man muß natürlich berücksichtigen, daß die Bedingungen in den einzelnen Verbänden sehr unterschiedlich sind. Mal ist kein Büro vorhanden, mal kein Geld, mal gibt es sprachliche Probleme. Wie es den Vereinigungen der ehemaligen politischen Häftlinge geht, hängt meist auch von der politischen Situation im jeweiligen Land ab.

STACHELDRAHT: Welche Veränderungen sind in dieser Hinsicht seit dem letzten Kongreß eingetreten?

Bude: Unverkennbar schlechter für die ehemaligen Verfolgten ist die Situation in Bulgarien geworden. Damit die Mehrheitspartei in der Koalition genügend Stimmen bekommt, hat sie zum Bündnis mit den schlimmsten nationalistischen Elementen gegriffen – oft ein Problem in Vielvölkerstaaten. Etwas verbessert hat es sich in Albanien, weil dort der jetzige Regierungschef kein gewendeter Kommunist ist. So hat es der Verband etwas leichter. Auch in Tschechien ist es besser geworden. Sie haben endlich die Zusage vom Kultusministerium erhalten für ein „Museum kommunistischer Sklavenarbeit“ an der Hauptscheidestelle der Uranpechblende in St. Joachimsthal/Jáchymov. Dort mußten politische Häftlinge jahrelang ohne Gesundheitsschutz arbeiten. An den Strahlenschäden sind viele gestorben. Inzwischen gibt es in Tschechien zusätzlich zur monatlichen Rente 50 Kronen für jedes abgesessene Haftjahr. In Lettland wurde Ähnliches erreicht.

STACHELDRAHT: In diesem Jahr mußte das Präsidium neu gewählt werden. Ist es bei der bisherigen Zusammensetzung geblieben?

Bude: Nur teilweise. Unser Präsident Jure Knezović wurde im Amt bestätigt, ich ebenso. Neu gewählt wurden Dr. Hubert Procházka aus Tschechien, Dr. Tomáš Kiss aus Ungarn und Peteris Simons aus Lettland.

STACHELDRAHT: Welche Themen spielten in der Diskussion eine Rolle?

Bude: Es gab eine sehr ernsthafte Aussprache über das Problem, wie gebrochene Biographien zu bewerten sind. War jemand Täter, Verräter oder Opfer? Das ist manchmal nicht so einfach zu beantworten, wie es scheint. Ein Häftling z. B. verpflichtete sich während der Haft unter großem Druck zur Mitarbeit bei der Staatssicherheit. Er hat dann aber nichts geliefert, es blieb bei der Unterschrift. Ist er nun Täter oder Opfer? Die Letten erzählten, viele ihrer Landsleute hätten 1917 an der Sowjetrevolution



Roland Bude.

Foto: N. Radlitz

